

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann & Süeda-Nur Okular, Elias Görth, Malina Schütte & Mina Engelman, Leni Schwarze, Jannes Hagemeier (Stellv. LSS, LSS, SV BBZ Bad Segeberg, SV BS Oldenburg i. H., RBZ am Königsweg in Kiel)

Titel: **Demokratie braucht Zeit – Bildungsfreistellung für Azubis jetzt!**

Antragstext

1 Das LSP wolle beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt anzupassen:

2 Es wird ein 14.6. in folgenden Wortlaut eingefügt:

3 „Die LSV BS SH fordert, dass Auszubildenden in Schleswig-Holstein das Recht auf
4 Bildungsfreistellung analog zur Bildungsfreistellung für Arbeitnehmer*innen
5 eingeräumt wird. Dafür ist eine Änderung des Bildungsfreistellungsgesetzes SH
6 notwendig. Die Bildungszeit soll für gewerkschaftliche, politische oder
7 ökologische Seminare genutzt werden können.“

Begründung

Berufsschülerinnen haben wenig Zeit für politische Weiterbildung – neben Schule, Betrieb und Alltag bleibt kaum Raum für Seminare, Gremienarbeit oder gesellschaftliches Engagement. Viele wissen zudem nicht, dass sie (anders als normale Arbeitnehmerinnen) bislang keinen Anspruch auf Bildungsfreistellung in Schleswig-Holstein haben.

Gerade in einer Demokratie ist es jedoch zentral, dass alle jungen Menschen – unabhängig vom Beruf – die Möglichkeit haben, sich gesellschaftlich weiterzubilden. Politische Teilhabe darf kein Bildungsprivileg sein. Es braucht einen rechtlichen Rahmen, der auch Auszubildenden bezahlte Bildungszeit ermöglicht.